

# Die Strategiefrage stellen!

Ein Beitrag zur Strategie- und Programmdebatte der Partei DIE LINKE

*Ein Text der Linksjugend[‘solid] Teltow-Fläming*

*„Der Sozialismus wird  
demokratisch sein oder gar nicht“  
Nicos Poulantzas, 2002, S.294*

Die Partei DIE LINKE existiert nun schon seit gut drei Jahren und hat in dieser Zeit viele Erfolge bei Landtags-, wie auch bei Bundestagswahlen feiern können. Nach der Fusion von WASG und PDS im Jahr 2007 ist viel passiert und die Partei der gesamtdeutschen Linken findet sich als Fraktion in 13 von 16 Bundesländern wieder. In zwei Bundesländer, Berlin und Brandenburg, beteiligt sich DIE LINKE an der Regierung und stellt MinisterInnen. In der Diskussion um den Entwurf für das neue Parteiprogramm wurde jedoch deutlich, dass das Thema der Regierungsbeteiligung nicht unumstritten ist. Gerade im Hinblick auf das Ziel dem „transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (Entwurf S.11), ist unserer Meinung nach eine Beteiligung an einer Regierung schwierig, als Juniorpartner gar unmöglich.

Dieser Text möchte anhand der materialistischen Staatstheorie einen Beitrag zur aktuellen Strategie- und Programmdebatte leisten und verdeutlichen, warum eine Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE zum jetzigen Zeitpunkt, sollte sie sich als parlamentarische und gesellschaftliche Kraft verstehen, deren Ziel die Überwindung der herrschenden Verhältnisse, in denen der Mensch „ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1, S.385), weder gut noch fortschrittlich sein kann. Gleichzeitig möchte wir einen Weg skizzieren, wie die LINKE sich, als Teil einer linken Transformationsstrategie, in den öffentlichen Diskurs einschalten sollte.

## **Der Glaube an den Staat und andere Irrwege**

Rosa Luxemburg schrieb einmal: „Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung, Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung, Keine Demokratie ohne Sozialismus, Kein Sozialismus ohne Demokratie“! Dieser Satz drückt neben ihrem eigenen Anspruch, den Weg zum Sozialismus zu bestreiten, auch das große Dilemma der gesellschaftlichen Linken aus. Sehen wir uns auf der einen Seite die sozialdemokratische Bewegung an, wie man sie aus vielen europäischen Staaten kennt. Die Sozialdemokraten versuchten, den Staat, der für sie ein Subjekt, mit einer

eigenen Logik verkörperte, zu besetzen, den Weg durch die Institutionen zu gehen, um am Ende „seine Spitzen durch aufgeklärte Eliten zu ersetzen“ (Poulantzas, 2002, S.283). Mit diesem Konzept wurde versucht, den „Massen von Oben den Sozialismus zu bringen“ (ebd.), was daran scheiterte, dass die Sozialdemokraten am Ende Politik für den Kapitalismus machten, statt gegen ihn. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie die Niederschlagung der Novemberrevolution, sind dafür nur einige Beispiele, die sich unendlich fortführen lassen. Auf der anderen Seite steht die leninistische bzw. rätekommunistische Bewegung, die mit der Oktoberrevolution den revolutionären Bruch vollzogen hatte und weniger den Staat eroberte, als eine alternative Herrschaftsstruktur aufbaute. So kam es zu einer Doppelherrschaft, die in einer offenen Konfrontation endete und die das Rätssystem letzten Endes für sich entscheiden konnte. Das Problem an diesem Versuch war, und daran scheiterte er letztendlich, dass die Leninisten einen „Parallel-Staat [aufbauten], der dem instrumentalistischen Modell des gegenwärtigen Staates nachgebildet [war] und insofern ein proletarischer Staat sein soll[te], als er von oben durch die revolutionäre Einheitspartei kontrolliert und besetzt [wurde]“ (Poulantzas, 2002, S.282). Dies endete, wie wir wissen, im stalinistischen Despotismus (vgl. ebd. S.280).

Den Fehler, den beide Bewegungen gleich haben, sind ihr tiefes Misstrauen gegenüber der politischen Mitbestimmung der Massen und ihre gleichzeitige Staatsfixierung. Die Sozialdemokraten sahen den Staat als Subjekt, die Bolschewisten nahmen an, dass er ein Instrument der herrschenden Klasse ist. Er ist aber weder ein Instrument noch eine Festung. Er ist eine „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen“ (ebd. S.159). Aus diesen Beispielen muss die Partei DIE LINKE lernen und Schlussfolgerungen ziehen und vor allem mit diesem Etatismus brechen.

### **Eine materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnis**

Die Besonderheit der kapitalistischen Gesellschaft ist ihre Trennung von Gesellschaft und Staat, von Politik und Ökonomie<sup>1</sup>. Diese Trennung von Recht, Staat und Ökonomie ist ein Spezifikum des Kapitalismus. Dennoch stehen alle sozialen Formen in einem Verhältnis Trennung und Verbindung zueinander (vgl. Briken u.a., 2008). Dieses Verhältnis von Trennung/Verbindung, auch mit dem Begriff „relative Autonomie“ oder „Besonderung“ gefasst, reproduziert sich durch politische und soziale Kämpfe und ist konstitutiv für den bürgerlich-kapitalistischen Staat, so dass innerhalb einer Marktgesellschaft, die geprägt von konkurrierenden und sich bekämpfenden Klassen ist, sich so etwas wie eine Demokratie

---

<sup>1</sup> Eine sehr gute Erklärung dazu bietet Kannankulam, John, Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus, Hamburg, 2006 oder Hirsch, Joachim, Materialistische Staatstheorie, Hamburg, 2005.

herausbilden kann. Die formelle Trennung des Staates von den sozialen Klassen führt dazu, dass sich im Staat Klassenbeziehungen institutionalisieren, was wiederum dazu führt, dass Menschen einer Klasse angehören und gleichzeitig freie und gleiche StaatsbürgerInnen sind, wodurch eine Desorganisation der beherrschten Klassen und eine Organisation der herrschenden Klasse praktiziert werden kann (vgl. Poulantzas, 2002, S.157ff). Der Staat ist also konstitutiv in den Produktionsverhältnissen existent, was wiederum bedeutet, dass er eine materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses ist. Materielle deshalb, da er eine eigene Dichte und Widerstandskraft hat, so dass sich Veränderungen des Kräfteverhältnisses nicht direkt und unmittelbar auf den Staat übertragen (vgl. Poulantzas, 2002, S.162). Der Staat ist also kein monolithischer Block oder ein Instrument der herrschenden Klasse, sondern ein Geflecht aus verschiedenen, gegensätzlichen und teilweise sich bekämpfenden Klassen und Instanzen, was dazu führt, dass der Staat in sich gespalten ist (vgl. ebd. S.164). Die verschiedenen Apparate sind daher Ausdruck verschiedener Felder des Klassenkampfes, was bedeutet, dass die gegenwärtige Politik als Ergebnis der widersprüchlichen Interessen der staatlichen Zweige und Apparate gesehen werden kann. Gleichzeitig bedeutet dies, dass eine grundlegende Veränderung der herrschenden Verhältnisse sich nicht in der Übernahme der Staatsmacht erschöpft, sondern ihr hauptsächliches Ziel in der Übernahme der einzelnen Staatsapparate finden muss. Dennoch reicht es nicht aus, die Menge der besetzten Staatsapparate sukzessiv auszubauen, um somit den Staat zu erobern. Dies ist nicht nur aus dem institutionellen Aufbau des Staates, der aus „Reproduktionsmechanismen des Verhältnisses von Herrschaft und Unterordnung“ (vgl. ebd. S.174) besteht, sondern auch durch die Möglichkeiten der Bourgeoisie, die realen Machtzentren von einem Apparat auf den anderen zu verlagern, unmöglich. Dadurch tendiert der Staat langfristig dazu, das Kräfteverhältnis zugunsten der Bourgeoisie wiederherzustellen (vgl. ebd.).

### **Socialism! Make it real!**

Den Staat als eine materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zu verstehen, heißt ihn nicht als Ursprung der Macht, sondern als Ausdruck eines Machtverhältnisses zu sehen (vgl. Hirsch, 2005, S.232). Dies bedeutet, dass es unmöglich ist, mit einem Herrschafts- und Unterdrückungsapparat, so wie sich der Staat in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ausdrückt, grundlegend die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Es gibt kein Zentrum, von dem aus die Gesellschaft „kontrolliert und gesteuert wird“ (ebd., S.229). So war es auch keine Regierung, die nach der bürgerlichen Revolution, den Kapitalismus durchsetzte, sondern die kapitalistische Produktions- und Vergesellschaftungsweise war in der Gesellschaft schon viel früher durchgesetzt und wurde von der bürgerlichen Revolution erst

bestätigt (vgl. ebd. S.230). Veränderungen werden also nicht in der Sphäre der Parlamente oder der Staatsmacht vorangetrieben, sondern in der Zivilgesellschaft. Hegemonie lässt sich nicht verordnen oder in einem Gesetz festschreiben, sondern nur in einem langen und schwierigen Prozess erringen. Grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft bedürfen einem bewussten Handel, ein bewusstes Ringen um Hegemonie, die sich gegen die „herrschenden sozialen Strukturen, politischen Institutionalisierungsformen und Subjektprägungen richtet“ (ebd.). Dieses Ringen um eine alternative Hegemonie muss in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stattfinden und setzt damit an einer Veränderung der politischen und alltagspraktischen Verhaltensformen an. Statt sich allein auf die Erringung der Staatsmacht zu konzentrieren, kommt es also hauptsächlich darauf an, für eine alternative, dem Staat entgegengesetzte Hegemonie zu ringen. Dieser demokratische Weg zum Sozialismus ist ein „langwieriger und schrittweiser Prozess der Bewusstseins- und Verhaltensänderung“. Dieser Weg wird letztendlich nicht mit der Übernahme der Staatsmacht und schon gar nicht als Juniorpartner einer Rot-Rot-Grünen bzw. Rot-Roten-Koalition beschritten, sondern muss innerhalb der Zivilgesellschaft ansetzen. Dies wurde in Ansätzen auch in der Partei DIE LINKE probiert, indem sie zusammen mit den Akteuren der außerparlamentarischen Linken den G8-Gipfel in Heiligendamm oder den Neonaziaufmarsch in Dresden blockierten. Diese Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Kräften muss weiter ausgebaut und deren Handeln in jeglicher Hinsicht solidarisch unterstützt werden.

Dennoch sollte auch die Politik in den Parlamenten, also die auf den Staat und seine Apparate bezogene Politik nicht vernachlässigt werden. Der Staat ist nicht nur ein Herrschaftsapparat, der politische und soziale Bedingungen für den Kampf um Hegemonie setzt, sondern er ist auch die Instanz, die „soziale Kompromisse und Rechte kodifiziert und garantiert“ (Hirsch, 2005, S.232), wodurch eine Einmischung auf der Ebene des bestehenden politischen Systems daher unumgänglich ist. Dabei muss DIE LINKE jedoch aufpassen, und diese Gefahr sehen wir derzeit gegeben, dass sie in ihrer Politik nicht selbst etatistische Politik- und Verhaltensformen übernimmt. Sie muss eine Politik „*in und gegen*“ (Holloway zit. n. Hirsch, 2005, S.232) den Staat machen, anstatt *in und für* den Staat. Dabei die „Mehrheit der Wählerstimmen zu gewinn[en] [...] kann nur ein, wenn auch wichtiger Moment sein“ (Poulantzas, 2002, S.287). Der Weg zum Sozialismus kann nicht mit einer Regierungsübernahme oder einem revolutionären Bruch beginnen, sondern es muss ihr Endpunkt sein!

## Literatur:

**Briken, Kendra / Buckel, Sonja / Flucke, Dietmar / Kannankulam, John / Wissel, Jens,** Kapitalismus ist nicht Kapitalismus – ist nicht Kapitalismus – ist nicht Kapitalismus, 2008, [http://www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_briken\\_ugkongress.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_briken_ugkongress.html) [Zugriff: 02.07.2010; 20:19]

**Hirsch, Joachim,** Materialistische Staatstheorie – Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg, 2005.

**Hirsch, Joachim,** Über Reform und Revolution, 2008, [http://www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_hirsch\\_reformismus.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_reformismus.html) [Zugriff: 21.07.2010 20:27]

**Karl Marx/ Friedrich Engels** - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976.

**Poulantzas, Nicos,** Staatstheorie – Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg, 2002

Über Kritik und Anmerkungen freuen wir uns immer!

[www.linksjugend-solid-tf.de](http://www.linksjugend-solid-tf.de)

[info@linksjugend-solid-tf.de](mailto:info@linksjugend-solid-tf.de)